

# Antwortschreiben des SPD-Parteivorstands auf den Heidelberger Appell

Sehr geehrter Herr .....,

vielen Dank für Ihre Mail - auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen aus den Landtagen bzw. den Landesregierungen und der SPD-Bundestagsfraktion. Gemeinsam mit Ihnen haben uns einige Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Wochen den Heidelberger Appell für eine soziale Konversions- und Wohnungspolitik weitergeleitet.

Lothar Bindung, unser Bundestagsabgeordneter aus Heidelberg, hat zu Ihrem Thema soziale Konversions- und Wohnungspolitik eine Antwort verfasst, die ich Ihnen gerne zuleiten möchte. Er ist Vorstand des Mietervereins Heidelberg und Umgebung und ist mit dem Thema vertraut. Hier seine Antwort:

*„Schon früher, als ich in den 1990ern noch Stadtrat war, habe ich vorsichtig darauf hingewiesen, dass ein möglicher Abzug der amerikanischen Truppen unumgängliche Fragen bezüglich der Weiternutzung der Liegenschaften aufwerfen würde. Stets mit Blick auf die Vermeidung sozialer Segregation und natürlich sozial verträgliche Mieten. Seit Anfang des Jahrtausends das Pentagon die neue Struktur der Präsenz der US-Streitkräfte in Europa beschlossen hatte, war klar, dass die US-Amerikaner Heidelberg verlassen würden. Falsch verstandene Amerikafreundlichkeit hat in der Stadt lange verhindert, sich mit dem Abzug systematisch zu befassen und stadtentwicklungspolitische Ziele zu definieren.*

*Ich möchte die aktuellen Entwicklungen in den schwierigen Koalitionsverhandlungen darstellen und aufzeigen, wie die SPD die im Heidelberger Appell gestellten Anforderungen reflektiert bzw. welche Pläne wir verfolgen, um die offenkundig vorhandenen Aufgaben zu lösen.*

*In den Jahren 2012 und 2013 wurden von Bundesländern, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist, Gesetzesanträge zur Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) im Bundesrat eingebracht (Drucksache 227/12 vom 25.04.2012 und Drucksache 742/13 vom 29.10.2013). Ziel beider Anträge war die Änderung des Gesetzes über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Bei Veräußerung ehemals militärisch genutzter Liegenschaften sollten neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch strukturpolitische Ziele der Bundesländer und der betroffenen Kommunen gleichrangig berücksichtigt werden. Der Gesetzesvorschlag aus dem Jahr 2012 wurde allerdings durch die schwarz-gelbe Bundesregierung abgelehnt und nicht zur Beratung im Bundestag eingebracht. Die Bundesregierung argumentierte unter anderem, dass den betroffenen Kommunen bereits Erwerbserleichterungen in Form einer „Erstzugriffsoption“ eingeräumt wurde (Drucksache 17/10334 vom 18.07.2012). Die SPD-geführten Länder werden in dieser Hinsicht aber weiter daran arbeiten, um ein positives Ergebnis erzielen zu können.*

*Im Rahmen der Koalitionsgespräche nahm das Paket „Bezahlbares Wohnen und Solidarische Städte“ breiten Raum ein. In der Koalitionsarbeitsgruppe Verkehr, Bau und Infrastruktur konnten wir bereits einige Ergebnisse erzielen - die aber erst mit der Schlussverhandlung verbindlich sind und sich in Einzelpunkten auch noch ändern können:*

- Einführung einer Mietpreisbremse : Die Länder können Städte und Regionen ausweisen, in denen die maximale Mieterhöhung bei Wiedervermietung nur noch 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Den Ländern bleibt es überlassen, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten derartige Gebiete festzulegen.*
- Gezielte Förderung des Neubaus von Mietwohnungen: Besonders Wohnungen mit niedrigen Mieten sollen gefördert werden und helfen einkommensschwache Familien zu unterstützen. Für alle Menschen in Deutschland soll qualitätsvolles und energiesparendes Wohnen bezahlbar sein.*
- Höheres Wohngeld und wieder eingeführter Heizkostenzuschuss sowie niedrigere und befristete Umlage von Modernisierungskosten: Wie bisher bleibt die Möglichkeit erhalten, dass Modernisierungskosten vom Vermieter auf den Mieter umgelegt werden können. Allerdings ist es uns gelungen, die bisherige Umlage in Höhe von 11% der jährlichen Mietkosten moderat auf 10% zu senken. Allerdings ist dies künftig nur noch für*

*maximal 10 Jahre erlaubt bzw. solange bis die Investition abbezahlt ist. Zudem sollen durch den wieder eingeführten Heizkostenzuschuss einkommensschwache Menschen sowie Rentnerinnen und Rentner entlastet werden.*

*Weitere Vorhaben, die die Mieter entlasten sollen, diskutieren wir bis zum Schluss der Koalitionsverhandlungen:*

- Neuregelung der Maklergebühren: Wer einen Makler bestellt muss diesen auch bezahlen; bisher musste diese Kosten der Mieter übernehmen*
- Grundlage für die Berechnung der Miete: die tatsächliche Quadratmeterzahl. Die bisherige Abweichung von 10% ist nicht mehr zulässig*
- Aufstockung der Mittel für Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro*
- Der Neubau soll bezahlbarer werden: Grundstücke, die dem Bund gehören, sollen für bezahlbares Wohnen günstiger verkauft werden. Aber nur, wenn sie vernünftigen Wohnkonzepten dienen und besonders preisgünstigen Wohnraum schaffen; rechtliche Anpassung, um Kommunen die Möglichkeit zu geben eine schnellere und adäquate Nachnutzung zu finden*
- Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus; allerdings sind dies Aufgaben der Länder*
- Weiterhin Förderung von energieeffizientem Bauen und Sanieren*

*Einige Ihrer Vorschläge konnten wir in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich vereinbaren. Um andere sind wir noch „bemüht“. Ob sich hinsichtlich der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) viel erreichen lassen wird, ist mit Blick auf die Erfahrungen im vergangenen Jahr natürlich fraglich. Leider haben ja auch die Stadtverwaltung Heidelberg und mein CDU-Kollege öffentlich angedeutet, dass man mit der BImA in der der aktuellen Rechtslage gut zurechtkomme. Dass es vielleicht auch kostengünstiger für die Stadt sein könnte - auf geänderter Rechtslage - wird nicht in Betracht gezogen. Hier werden wohl Kompetenz, Freundlichkeit und Engagement der BImA Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einer für Städte und Gemeinden günstigeren Rechtslage verwechselt.*

*Leider wurden in der vergangenen Legislaturperiode seitens der Regierungskoalition Mittel zur Städtebauförderung drastisch gekürzt. Die SPD will hingegen auch in Zukunft die frühere Struktur beibehalten und die finanzielle Ausstattung der Förderprogramme hinsichtlich Sozialer Stadt und Stadtumbau erhöhen. Ihre Forderungen, wie auch die Darstellung der Situation in Ihrem Appell teile ich - leider lässt das Ergebnis der Bundestagswahl auch den Schluss zu, dass dies von einer Mehrheit anders gesehen wird.*

*Ich hoffe sehr, den von Ihnen beschriebene Zielen in der kommenden Legislaturperiode näher zu kommen.*

*Viele Grüße, Ihr Lothar Binding (Heidelberg)“*

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus

Yael Koutouan  
SPD-Parteivorstand  
Direktkommunikation

Telefon: (030) 25 991-500  
Telefax: (030) 25 991-375  
E-Mail: [parteiVorstand@spd.de](mailto:parteiVorstand@spd.de)  
Internet [www.SPD.de](http://www.SPD.de)

Postanschrift:  
SPD-Parteivorstand  
Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstraße 141  
10963 Berlin